

Grüne - Les Verts • Delegiertenversammlung vom 12. April 2003

• Olten

Protokoll der Delegiertenversammlung vom 12. April 2003

Tagespräsident: Andreas Knobel

Dauer: 13.00 – 17.15

1. Begrüssung

Andreas Knobel begrüsst die Delegierten im Namen der Solothurner Grünen. Die Solothurner Grünen haben wieder Energie und werden gemeinsam mit SP und JUSO zu den Nationalratswahlen antreten. Auch an den Kantonsratswahlen in zwei Jahren werden sie sich beteiligen.

Folgende Personen müssen sich für diese DV entschuldigen: Patrice Mugny (Co-Präsident), Werner Ulrich (TG), Jean Rossiaud (Europ. Delegierter), Fernand Cuche (NR NE), Susanne Jungclaus (VD), Alex Martinovits (ZH), Stefan Krebser (TI), Thomas Heuberger (GFL BE), Hanna Wälrti (GFL BE), Therese Frösch (GB BE)

Anschliessend heisst der Stadtpräsident von Olten, Ernst Zingg, die Delegierten im Zentrum der siebtgrössten Wirtschaftsregion willkommen.

Ruth Genner, Co-Präsidentin, erwähnt in ihrer kurzen Rede an die Delegierten die erfreulichen Wahlergebnisse in Genf, Baselland, im Tessin und im Kanton Zürich und betont, dass die soziale Frage in diesem Wahljahr zentrales Anliegen der Grünen sein wird. Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass die Umweltthemen vernachlässigt werden.

2. Statutarisches

Als Stimmenzähler gewählt werden Luzius Theiler, Diego Hättenschwiler, Markus Hari und Stefan Paradowsky.

Das Protokoll der Delegiertenversammlung in Luzern wird einstimmig verabschiedet.

Wahlen in den Vorstand

Jean Rossiaud, Genf, wird als europäischer Delegierter einstimmig in den Vorstand gewählt.

Marlise Hubschmid wird als Vertreterin der Grünen Freien Liste BE einstimmig in den Vorstand gewählt.

Antrag auf Erhöhung des Mitgliederbeitrages von CHF 25.- auf CHF 35.- und Anpassung des Budgets 2003

Der Kassier Hans Beat Schaffner beantragt einerseits eine Erhöhung des Mitgliederbeitrages an die nationale Partei von Fr. 25.- auf Fr. 35.-, andererseits bittet er die Delegierten um Zustimmung zum angepassten Budget, dass ein etwas grösseres Defizit vorsieht.

Erhöhung des Mitgliederbeitrages

Den Antrag um Erhöhung des Mitgliederbeitrages hat Hans Beat am 11. Januar bereits dem Vorstand unterbreitet, dieser hat die Erhöhung ohne Gegenstimme gutgeheissen.

Der Mitgliederbeitrag ist die einzige fixe Einnahmequelle der Partei, mit ihm sollten die Ausgaben für das *Greenfo*, resp. *Bulletin Vert* gedeckt werden können.

Einige Delegierte weisen daraufhin, dass sie an ihren kantonalen Mitgliederversammlungen den Betrag von Fr. 25.- bereits abgesegnet oder bereits eingezogen haben.

Für diese Kantone soll eine Übergangslösung gefunden werden.

Mit 51 Ja zu 8 Nein bei 11 Enthaltungen stimmen die Delegierten der Erhöhung des Mitgliederbeitrages schliesslich zu.

Budgetanpassung

Das angepasste Budget wird, nachdem festgestellt wurde, dass eine Anpassung unter dem Jahr rechtlich unproblematisch ist, *mit 59 Ja zu 5 Nein bei 6 Enthaltungen angenommen.*

Informationen aus Fraktion und Sekretariat

Der drohende Irakkrieg hat die Frühlingssession stark geprägt: Cécile Bühlmann verweist auf die Forderungen der Fraktion an den Bundesrat, diesen Krieg als völkerrechtswidrig zu verurteilen, militärische Überflüge zu verbieten, die Kriegsmaterialausfuhr zu stoppen und niemanden zurückzuschicken.

Weitere Themen, die die Fraktion beschäftigt haben: der Gipfel von Evian, der Flughafen Zürich und die Rolle des Bundesrates im ganzen Fluggeschäft, und das Urteil im Verfahren gegen die Käseunion.

Hubert Zurkinden, Generalsekretär, weist auf die dritte Nummer der Spezialzeitung „Gegen Krieg“ hin, die Leute der GsoA und Grüne gemeinsam machen.

Er erinnert zudem an das Jubiläum vom 24. Mai und lädt alle ein, gemeinsam in Bern zu feiern!

3. Abstimmungen vom 18. Mai 2003

Luzius Theiler stellt gleich zu Beginn dieses Traktandums den Antrag, die Vorlage zur Armee XXI zuerst zu diskutieren. Er ortet bei diesem Geschäft am ehesten Diskussionsbedarf und möchte verhindern, dass die Diskussion darüber erst stattfindet, wenn bereits viele Delegierte abgereist sind.

Eine grosse Mehrheit der Delegierten lehnt den Antrag von Luzius allerdings ab.

1. Initiative Strom ohne Atom und MoratoriumPlus

Franziska Teuscher verweist auf den langen Kampf gegen die Atomkraft, und darauf, dass ich dieser Widerstand gelohnt hat: Kaiseraugst und Graben wurden begraben, Gösgen und Leibstadt konnten zwar nicht verhindert werden, aber die Atomlobby weiss, dass sie ihre Position nur noch knapp halten kann und dass vor allem keine neuen AKWs gebaut werden können. Deshalb wollen sie die bestehenden AKWs möglichst lange betreiben können. Das muss gestoppt werden mit einem Ja zu *MoratoriumPlus*. Und den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie schaffen wir mit einem Ja zu *Strom ohne Atom*. Mit dem Entscheid zum Ausstieg wären wir in bester Gesellschaft: in Japan und in vielen westeuropäischen Ländern ist er entschieden, die Schweiz wäre also kein Sonderfall!

Die Delegierten sagen sowohl zu „Strom ohne Atom“, als auch zu „MoratoriumPlus“ einstimmig Ja

2. Gleiche Rechte für Behinderte

Peter Wehrli, Gründer des Zentrum für selbstbestimmtes Leben und Initiant der Initiative, weist darauf hin, dass alle von der Initiative profitieren werden.

Es geht um den Ausstieg aus der Behindertenaussonderungspolitik und damit um den Einstieg in eine Integrationspolitik. Von zentraler Bedeutung ist, dass dies in der Verfassung geschrieben steht. Es geht bei der Initiative nicht darum, mehr zu geben, sondern darum, weniger wegzunehmen.

Die Delegierten sprechen sich einstimmig für ein Ja zur Initiative aus.

3. Lehrstellen-Initiative

Ralf Margreiter verweist auf die vielen Jugendlichen, die auch nach vielen Bewerbungen keine Stelle finden. Es werden Warteschlangen geschaffen, um diese jungen Leute vom Arbeitsmarkt zurückzuhalten. Die Lehrstellen-Initiative will diese unbefriedigende Situation ändern. Jugendliche haben ein Recht auf eine Lehrstelle und qualitativ gute Berufsbildung. Die Trittbrettfahrer in der Wirtschaft, die keine Lehrlinge ausbilden, sollen sich finanziell an der Lehrlingsausbildung beteiligen, in dem sie einen Berufsbildungsfonds speisen.

Bei einer Enthaltung sagen die Delegierten deutlich Ja zur Initiative.

4. Ja zu fairen Mieten

Anne-Catherine Menétrey führt aus, dass im Moment der Mietzins an den Hypothekarzins gebunden ist. Bei Hypothekarzinsänderungen passen die Hausbesitzer den Zins höchstens gegen oben, aber kaum gegen unten an. 70% der Bevölkerung sind MieterInnen, es lasten also hohe Kosten auf deren Schultern, währenddem sich die Hausbesitzer bereichern.

Die Initiative verlangt, dass der Anfangszins im Verhältnis zu den Investitionen der Hausbesitzer festgelegt wird. Zudem soll der Kündigungsschutz ausgebaut werden. Der Gegenvorschlag des BR und des Parlamentes, über den wir noch abstimmen werden müssen, kann nicht akzeptiert werden. Aus diesen Gründen empfiehlt Anne-Catherine ein Ja zur Initiative.

Die Delegierten sagen bei einer Enthaltung deutlich Ja zu fairen Mieten!

5. Änderung des Armeegesetzes und Bundesgesetz über Bevölkerungs- und Zivilschutz

Stefan Luzi stellt die beiden Vorlagen vor.

Zur Armee XXI: Nach der Armee-Abschaffungsinitiative machte sich Verunsicherung breit. Die Armee 95 war die erste Reaktion auf diese Verunsicherung: eine moderne, kleine, internationale Armee und der Abschied von der bewaffneten Neutralität waren die Folge. Jetzt steht eine Gesamtrevision an (RS zwischen 18 bis 21 Wochen, Durchdiener, effektive Zahl der Dienstage minimal verkürzt, Bedingungen für Auslandseinsätze weiter verwässert. UNO- und OSZE- Mandat für Unterstützung im Ausland nicht mehr gefordert.) Die Vorlage enthält auch einen „Schnüffelparagraphen“ und klammert dringende Fragen, etwa die nach einem sinnvollen Beitrag an die Welt, aus.

Falsche Fragen, keine mögliche Antworten. Zivile Friedenspolitik ist der einzig gangbare Weg, deshalb haben GsoA und der Vorstand beschlossen, leer einzulegen.

Luzius Theiler plädiert für ein Nein zur Armee XXI. Wir müssen Stellung nehmen zu den Fragen, die uns gestellt werden. Weist darauf hin, dass die Fraktion im Parlament Nein gestimmt hatte.

Cécile Bühlmann erklärt, dass die Fraktion mit ihrem Nein im Parlament zum Ausdruck gebracht hat, dass sie dieses Gesetz nicht will. Dann wurde das Referendum von rechter Seite ergriffen, damit entstand neue Fragestellung! Leer einlegen ist einzige Möglichkeit, adäquat zu reagieren.

Einige Votanten befürchten, dass leer einlegen nicht verstanden wird, ein Nein wäre klarer.

Stefan Luzi ist der Ansicht, dass ein linkes Nein komplett untergehen würde, ein friedenspolitisches Nein, das hör- und spürbar geworden wäre für die Bevölkerung, hätte viel mehr Engagement von unserer Seite gebraucht!

Luzius' Antrag, die Nein-Parole zu fassen wird mit 29 Ja bei 44 Nein und 7 Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag des Vorstandes, leer einzulegen, wird mit 43 Ja bei 16 Nein und 8 Enthaltungen angenommen

Revision Bevölkerungsschutz:

Zivilschutz wird auf Katastrophenhilfe ausgerichtet. Dem kann zugestimmt werden.

Mit 46 Ja zu 9 Nein bei 9 Enthaltungen stimmen die Delegierten der Vorlage zu.

6. Initiative für einen autofreien Sonntag pro Jahreszeit

Es geht um einen Versuch, während vier Jahren an vier Sonntagen im Jahr ohne Auto zu leben. Nach vier Jahren entscheidet die Bevölkerung über eine definitive Einführung.

Wie nicht anders zu erwarten war, sprechen sich die Delegierten einstimmig für ein Ja zur Initiative aus!.

7. Initiative „Gesundheit muss bezahlbar sein“

Anne-Catherine Menétrey stellt die Initiative der SP vor, die die Kopfprämien durch einkommensabhängige Krankenkassenprämien ersetzen will und dank der bei Annahme Kinder keine Prämien bezahlen müssten. Die Schweiz ist das einzige Land, das die Krankenkassenprämien nicht im Verhältnis zum Einkommen festgelegt hat.

Einige Votanten sind der Ansicht, dass die Initiative die Ursachen des Kostenwachstums nicht wirklich angeht. Es müssten vor allem Sparanreize geschaffen werden. Es wird darauf hingewiesen, dass auch bei der SP Stimmen hörbar sind, die kritisieren, dass keine Anreize zur Reduktion des Konsums geschaffen werden. Die Finanzierung über Mehrwertsteuerprozente ist ebenfalls problematisch.

Ruth Genner erinnert daran, dass die Grünen schon anlässlich der Delegiertenversammlung in Glarus zum Schluss gekommen sind, dass Kopfprämien unsozial sind. Das Signal muss deutlich sein: wir sind mit der Gleichbelastung von Reichen und Armen nicht einverstanden. Natürlich hat auch diese Initiative Mängel und löst nicht alle Probleme.

Schliesslich stimmen die Delegierten mit 63 Ja bei 2 Nein und einer Enthaltung für die Initiative.

4. Varia

Claudius Schauffler stellt folgende Anträge an die Delegierten und bitten um Zustimmung:

1. Die Grüne Partei der Schweiz fordert die Dislozierung der UNO von New York in die neutrale Schweiz nach Genève.
2. Bei Demonstrationen treten künftig die Grünen geschlossen nach aussen hin deutlich sichtbar, bekleidet mit grünen T-Shirts, auf.
3. Die Grünen erarbeiten ein konkretes Wirtschaftsprogramm mit dem Schwerpunkt Wirtschaftsdemokratie.

Hubert Zurkinden schlägt vor, alle drei Anträge abzulehnen, die Anträge zwei und drei aber als Anregungen entgegenzunehmen.

Nach kurzer Diskussion wird über die Anträge wie folgt abgestimmt:

Antrag 1: Mit 35 Ja bei 19 Nein und 6 Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt

Antrag 2: Einstimmig abgelehnt bei 5 Enthaltungen

Antrag 3: Mit 19 Ja zu 13 Nein und 15 Enthaltungen wird der Antrag angenommen.

Abschliessend bedankt sich Hubert Zurkinden bei den Solothurner Grünen für die gute Organisation der Delegiertenversammlung. Ebenfalls verdankt wird die Arbeit der Übersetzerinnen Nicole Stoll und Séverine Vitali und diejenige der Firma Pesocom, die den Anlass technisch begleitet hat.

Bern, im Juni 2003 / Gabriela Bader